

Nr. 4 (APRIL 2010)

CDA

Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft
Kreisverband Wiesbaden

MIT

Mittelstandsvereinigung der CDU
Kreisverband Wiesbaden

laden ein zum
Vortrag und Gespräch mit
Staatssekretär a. D. - ehemaliger Leiter des Presse-
und Informationsamtes der Bundesregierung

**Friedhelm Ost:
„20 Jahre Deutsche Einheit -
Bilanz und Ausblick“**

Mi., 14. April 2010

19.00 Uhr

Haus der Heimat

Friedrichstraße 35



Termine im April

Was? Wann? Wo? Der Terminplan Ihrer CDU Wiesbaden

Dienstag 06.04.10 19.30 Uhr	CDU Kohlheck Stammtisch „Schönbergstube“ Schönbergstraße 19	Mittwoch 14.04.10 18.00 Uhr	CDU ARBEITSKREIS KIRCHEN Kirchenrat Jörn Dulige, Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen, berichtet über seine Arbeit, Kreisgeschäftsstelle, Frankfurter Straße 18	Mittwoch 28.04.10 19.00 Uhr	CDU DIETENMÜHLE Bürgergespräch im Hotel Klee, Parkstraße
Mittwoch 07.04.10 20.00 Uhr	CDU MITTE Stammtisch im Symposium Dotzheimer Str. 24-26 (im Hof)	Mittwoch 14.04.10 16.00 Uhr	SENIOREN UNION Bürgergespräch im Forsthaus Rheinblick; Frauensteiner Str. 17 (Buslinie 24)	Dienstag 04.05.10 19.30 Uhr	CDU Kohlheck Stammtisch „Schönbergstube“ Schönbergstraße 19
Dienstag 13.04.10 19.30 Uhr	CDU WALDSTRASSE/ ADOLFSHÖHE Stammtisch in den Waldstuben Waldstraße/Holsteinstraße	Mittwoch 14.04.10 20.00 Uhr	CDU BIERSTADT Stammtisch im Anker Venatorstraße 8	Mittwoch 05.05.10 20.00 Uhr	CDU MITTE Stammtisch im Symposium Dotzheimer Str. 24-26 (im Hof)
Mittwoch 14.04.10 19.00 Uhr	MIT Mittelstandsvereinigung und CDA Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft Wiesbaden „20 Jahre Deutsche Einheit – Bilanz und Ausblick“, mit Friedhelm Ost, Staatssekretär a. D. und ehem. Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Haus der Heimat, Friedrichstraße 35	Mittwoch 28.04.10 15.00 Uhr	SENIOREN UNION Monatstreffen Haus der Heimat, Friedrichstr. 35 Gast: Bundesministerin Dr. Kristina Schröder	Donnerstag 06.05.10 19.30 Uhr	CDU DELKENHEIM Stammtisch in der Gaststätte „Adler“

OB Dr. Müller: Wiesbaden meistert die Krise



Auf ein außerordentlich konzentriertes und aufmerksames Publikum traf Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller bei einer Diskussionsveranstaltung, zu der der CDU-Stadtbezirksverband Waldstraße/Adolfshöhe in die Unterkirche der Kath. Gemeinde St. Kilian eingeladen hatte.

Mit anschaulichen Beispielen belegte er, wie wirtschaftlich sinnvoll sich Wiesbaden in der Vergangenheit verhalten habe und deshalb die jetzige bundesweite Krise zwar eine große aber keine unlösbare Herausforderung sei. Während andere Städte an Zinszahlungen für verschuldete Haushalte knabberten, sei Wiesbaden in der Lage, mit eigenen Mitteln aber auch dank der Investitionsprogramme von Bund und Land kräftig in Wiesbaden zu investieren und somit Arbeitsplätze zu sichern.

Senioren-Union: Für die Beibehaltung der Wehrpflicht

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands hat sich für eine Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht ausgesprochen. "Die allgemeine Wehrpflicht war und ist nicht zuletzt ein Beitrag zur Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft," sagte der Chef der CDU-Senioren-Organisation, Prof. Dr. Otto Wulff, heute in Berlin. "Der Schutz von Freiheit, Menschenwürde und Recht sind und bleiben die Angelegenheit und Pflicht aller Bürger - dies bedeutet im Klartext, dass zu den Rechten eines jeden Bürgers auch Pflichten gehören."

Wenn eine Verkürzung der Wehrdienstzeit auch den Vorteil habe, dass künftig im Interesse der Wehrgerechtigkeit eine größere Anzahl junger Männer zum Wehrdienst einberufen werden könne, so dürfe diese aber nicht zu einer Minderung der Qualität der Ausbildung führen.

Wehrpflichtigen sollte nach Auffassung der CDU-Senioren-Organisation künftig auch eine besondere Rolle in der Organisation des Heimatschutzes zukommen. "Wenn angesichts terroristischer Bedrohungen die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit immer mehr verschwimmen, sollte die Bundeswehr künftig dann, wenn die Kräfte von Polizei oder Bundespolizei nicht ausreichen, zur Stelle sein," erklärte Wulff. Auch um stets über ausreichende Personalkapazitäten für den Heimatschutz zu verfügen, seien Wehrpflichtige "auch in Zukunft unverzichtbar."

Kreisparteitag als Fachkongress: Mit „Go goes“, „slow goes“ und „no goes“ in die Zukunft

Anm. der Redaktion: Die Redaktion bemüht sich, den leichtfertigen Gebrauch von Anglizismen zu vermeiden. In den Fachgremien auch der Medizin werden allerdings viele Fachbegriffe ausschließlich in englischer Sprache gebraucht, so dass dies auch in dem Bericht über den Kreisparteitag zwangsläufig seinen Niederschlag findet.

Damit Älterwerden Zukunft hat, lud die Wiesbadener CDU zum Gedankenaustausch und Diskussion mit Fachleuten im Rahmen eines Kreisparteitags in das Bürgerhaus Kastel. Die Entwicklung der älter werdenden Generation war der Kern des Themen-Kreisparteitages der CDU Wiesbaden. Sowohl die zukünftige ärztliche Versorgung in Wiesbaden als auch der Pflegebedarf waren die Schwerpunkte des Abends.

Die beiden Referenten, Dr. Wolfgang Knauf, Ärztlicher Direktor der Asklepios Paulinen Klinik und Direktor des Zentrums für Internistische und Geriatrische Medizin sowie Dr. Thomas Beer, Dipl. Pflege- und Gesundheitswissenschaftler, führten aus ihren Perspektiven in die Thematik ein.

Dr. Knauf forderte den Aufbau einer flächendeckenden Versorgung mit geriatrischen (altersmedizinischen) Schwerpunktpraxen sowie die obligate Integration geriatrischer Kompetenz in den Aufnahmealgorithmus aller Krankenhausnotaufnahmen. Auch die Einbindung geriatrischer Kompetenz in Netzwerkstrukturen der Altenhilfe hält er für sinnvoll.

Unter anderem befürwortet Dr. Knauf den Ausbau präventiver An-

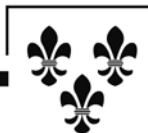
gebote für Senioren (z.B. Sturzprävention, Demenzscreening) und sieht hier auch eine Möglichkeit, durch die Verhinderung von Stürzen und deren Behandlung, natürlich die Schmerzen aber auch die Kosten im Gesundheitssystem zu sparen. Er plädiert für die Einrichtung geriatrischer Lehrstühle an den Universitäten und der Etablierung des Schwerpunktes Geriatrie im Gebiet Innere Medizin der Weiterbildungsordnung für Ärzte unter Beibehaltung der Möglichkeit des Erwerbs der „Zusatzweiterbildung Geriatrie“ für Haus- und Fachärzte. Dr. Knauf wünscht sich eine Stärkung der Ehrenämter und weist Aktivierung und Qualifizierung der vielen „go goes“ für die „slow and no goes“. Das heißt, die gegenseitige Unterstützung in der Gesellschaft muss gezielt gefördert werden, so dass „go goes“ (Mobile Personen) den sich schlechter Bewegenden helfen können und so gemeinsam stark sind. Auch er spricht sich für eine Verhinderung von „Pflegesilos“ aus und fordert die hessische Landesregierung auf, sich mit dem Heimbausegesetz zu befassen.

Dr. Thomas Beer, Dipl. Pflege- und Gesundheitswissenschaftler, Geschäftsleiter des EVIM Katharinenstifts in Wi-Biebrich, betont die erforderlichen zukünftigen Handlungskompetenzen für die professionelle Pflege alter Menschen. Bis 2050 erwartet er eine Bedarfssteigerung um 160 – 230% an Pflegekräften. Hier sieht er Handlungsbedarf und fordert regionale Kampagnen zur Imageförderung. Gezielte pflegerische Präventionsprogramme, Aufbau niederschwelliger Bera-

tungs- und Schulungskonzepte für pflegende Angehörige und der Anschluss der Berufsausbildung in der Pflege an das duale Berufsausbildungssystem sind nur einige seiner Ideen zur Verbesserung der Pflegesituation. Er regt an, regionale Hochschulen für Gesundheitsberufe zu fördern (z.B. Schwerpunkt Geriatrie).

Dr. Beer schildert die Möglichkeiten, mit gut ausgebildeten Pflegekräften einerseits Ärzte entlasten zu können und andererseits die in der Altenpflege sogenannten geriatrischen „I's“ (= Instabilität, Inkontinenz, Immobilität und Intellektuellen Abbau) zu behandeln. Hinzu gewinne man mehr Stabilität, Mobilität, kognitive Fähigkeiten und Kontinenz. Die Pflegeausbildung sollte unter dem Motto „**Klasse statt Masse**“ stehen.

Bereichert wurde die anschließende Diskussion durch den Fachanwalt für Medizinrecht, Hans-Joachim Schade, Ekkehardt Ludwig, Geschäftsführer der Kassenärztlichen Vereinigung Wiesbaden sowie Bernd Hartlieb, Regionalgeschäftsführer der BARMER GEK Wiesbaden. **Schwarzkittel trifft Weißkittel**, so bezeichnet sich Rechtsanwalt Schade, der als Anwalt das Recht der Ärzte vertritt. Er beobachtet die Entwicklung in der medizinischen Versorgung und wünscht sich eine wohnortnahe Versorgung. Diese sieht er aber, unter den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Gesundheitsbereich und dem schwachen Ärztenachwuchs in Deutschland, in Gefahr. Er plädiert, vor allem in der Rolle des älteren Bürgers



Wiesbadens, für städtische Pilotinitiativen, um die, seiner Meinung nach absehbare ärztliche Unterversorgung frühzeitig durch freiberufliche Kooperations-Projekte zu kompensieren. Ekkehard Ludwig, KV Wiesbaden, spricht offen im Namen der Ärzte. Die haben nach seiner Auffassung oft die „**Schnauze voll**“. Die Ärzte lieben ihren Beruf, aber die Vorgaben und Rahmenbedingungen für niedergelassene Ärzte seien nicht optimal und erschla-

gen durch Bürokratisierung. Auch er fordert Mut zu neuen Konzepten. Herr Hartlieb nahm den Bereich der Pflege auf und unterstrich die Forderung, den Nachwuchs der Pflegekräfte zu stärken.

Die CDU Wiesbaden nahm unter der Leitung des Kreisvorsitzenden Horst Klee die Forderungen der Experten auf und stellte weitere Thesen, die vom Arbeitskreis Gesundheit unter der Leitung von Petra

Dittmann in der Vorbereitung erarbeitet wurden, den Delegierten zur Abstimmung vor. Somit wurden Ideen zur Verbesserung der Situation unterbreitet. Jetzt heißt es aktiv werden und Projekte in Angriff nehmen. Die CDU war sich einig:

Damit Älterwerden Spaß macht, will die Wiesbadener CDU diesen Prozess aktiv begleiten. Der Auftakt ist gemacht.

Petra Dittmann

Thesen und Forderung, die nach den Vorträgen und Diskussion im Plenum einvernehmlich verabschiedet und als Arbeitsmaterialien an CDU-Kreisvorstand und CDU-Rathausfraktion überwiesen wurden:

- Aktivierung Wiesbadener Unternehmen im Bereich Pflege von Angehörigen mit Kampagnen und Projekten sowie der Auslobung eines Förderpreises
- Unterstützung der Weiterbildung der älteren Generation.
- Prüfung des alters-, familien- und pflegefreundlichen Wohnraums in Wiesbaden
- Mobilität der älteren Generation in Wiesbaden prüfen und Ideen für neue Personenbeförderungsmöglichkeiten entwickeln
- Prüfen der Parkplatzsituation für mobile Pflegedienste in Wiesbaden
- Die CDU Wiesbaden spricht sich für Freizeit- und Bewegungsgeräte für Wiesbadener Senioren aus
- Eine strukturelle Änderung in der Ausbildung des Pflegeberufs muss geprüft werden
- Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität und der Anerkennung des Pflegeberufs sollten durchgeführt werden
- Die Fortbildung und Qualifizierungsmöglichkeiten im Bereich Geriatrie der Wiesbadener Ärzte sind zu fördern
- Förderung von telemedizinischen Betreuungskonzepten
- „Zukunftsaufgabe“: Zur Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung und Verbleib der Ärzte in Wiesbaden sollte ein Programm mit betroffenen Ärzten entwickelt werden
- Städtische Pilotinitiative erforderlich: Absehbare ärztliche Unterversorgung frühzeitig durch freiberufliche Kooperations-Projekte kompensieren, eine Standortanalyse für neue medizinische Versorgungskonzepte wird empfohlen
- Kampagne für heute 40 – 60 Jährige zum Thema Älter werden (mit Spaß...) und Entwicklung von „Pro-Single-Konzepten“
- Entwicklung von Konzepten für ein humanes „pro-ageing“ in Wiesbaden sowie Ausbau präventiver Angebote für die ältere Generation
- Verbesserung der Kommunikation aller im Gesundheitswesen Beteiligten.
- Im Bereich Pflege wird eine Kommunikation in Form eines „Pflege-Stammtisches“ angeregt.
- Verhinderung von „Pflege-Silos“ in Wiesbaden



Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder:

Zeit für Pflege

Liebe Leserinnen und Leser von Wiesbaden Extra,

als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bin ich eigentlich für fast jeden in diesem Land zuständig – außer vielleicht für mittelalte, kinderlose Männer... Deswegen verfolge ich mit meiner Politik auch einen umfassenden Ansatz: Sie ist grundsätzlich auf das zentrale Ziel ausgerichtet, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu fördern. Denn nur eine solidarische Gesellschaft kann die Herausforderungen unserer Zeit meistern. Die Frage ist also: Wie können wir es schaffen, dass unsere Gesellschaft besser zusammenhält?

In meinen Augen setzt gesellschaftlicher Zusammenhalt erstens voraus, dass jeder eine faire Chance hat. Denn die Chance des einzelnen auf persönliche Entwicklung und Erfolg ist eine treibende Kraft, die uns alle nach vorne bringt. Zweitens ist es wichtig, dass Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Dies verlangt nicht nur viel persönlichen Einsatz, sondern vor allem auch Zeit. Wir müssen also die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass jeder, der es möchte, sich – vor allem in der Familie – Zeit für Verantwortung nehmen kann. Das betrifft natürlich die Erziehung und Betreuung von Kindern, aber auch die Pflege hilfsbedürftiger Angehöriger.

Das Statistische Bundesamt geht davon aus, dass die Zahl pflegebedürftiger Menschen in Deutschland von derzeit etwas über zwei Millionen auf knapp drei Millionen im Jahr 2020 steigen wird. Und die meisten dieser Menschen haben den Wunsch, zu Hause von ihren Familienangehörigen gepflegt zu werden. Tatsächlich werden heute zwei von drei Pflegebedürftigen zu Hause von ihren – zum großen Teil berufstätigen – Angehörigen ge-



pflegt. Schon heute sind es 250.000 Menschen, die neben ihrem Beruf einen Angehörigen pflegen.

Diese Menschen brauchen dringend unsere Unterstützung und ich möchte deswegen hier neue Wege gehen! Zwar besteht bereits die Möglichkeit, für die häusliche Pflege ein halbes Jahr aus dem Beruf auszusteigen. Aber viele Arbeitnehmer fürchten dadurch erhebliche finanzielle und berufliche Nachteile. Ich möchte daher für Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf eine Familienpflegezeit von zwei Jahren Dauer einführen. Mein Ziel ist es, dass pflegende Angehörige in dieser Zeit mit reduzierter Stundenzahl im Beruf weiter arbeiten können – und zwar mit verkraftbaren Einkommenseinbußen:

Der pflegende Angehörige würde mindestens 50 Prozent arbeiten, bekäme aber, um davon leben zu können, 75 Prozent seines Gehalts. Später müsste er dann wieder voll arbeiten, bekäme aber weiterhin so lange 75 Prozent des Gehalts, wie er zuvor Teilzeit gearbeitet hat – bis also das Zeit- und das Gehaltskonto wieder ausgeglichen sind. So kann mehr Flexibilität für

die Arbeitnehmer erreicht werden, ohne die Arbeitgeber zu stark zu belasten.

Der Steuerzahler trägt hierbei fast keine Kosten. Die Pflegeversicherung hingegen würde langfristig sogar von der Familienpflegezeit profitieren, denn Pflege zu Hause kostet weniger als im Heim. Ganz abgesehen davon, dass sie zumeist dem Wunsch der betroffenen Menschen entspricht.

Aber auch die Wirtschaft kann eindeutig von der Familienpflegezeit profitieren. Denn auch die Betriebe kommen an den Auswirkungen des demografischen Wandels nicht vorbei: Familienfreundlichkeit ist schon heute ein wichtiger Faktor im Kampf um qualifizierte Arbeitskräfte. Es ist richtig, dass für die Betriebe ein gewisses Risiko besteht, dass der Arbeitnehmer mitten in der Pflege-Teilzeit das Unternehmen verlässt, ohne das zu viel gezahlte Gehalt wieder eingespielt zu haben. Wie sich Unternehmen gegen diesen Fall absichern können, lassen wir gerade prüfen. Mit gemeinsamen Ideen und Ansätzen werden wir aber Lösungen finden, die den Familien und auch kleinen Betrieben gerecht werden. Ich hoffe, auf die Unterstützung der Wirtschaft zählen zu können.

Eine weitere Initiative, die ganz praxisorientiert denjenigen helfen soll, die – häufig von heute auf morgen – in die Situation kommen, einen Angehörigen zu Hause pflegen zu müssen, ist der Aufbau eines Netzes sogenannter Pflegestützpunkte. Hier finden Pflegebedürftige und ihre Angehörigen eine zentrale Anlaufstelle, die Informationen zu allen Angeboten in der Region bietet und bei der Koordination der Betreuung und der Inanspruchnahme der vorgesehenen Sozialleistungen Hilfe leistet. Ich begrüße diese Initiative sehr, denn es ist für die Betroffenen



nicht einfach, im „Pflege-Dschungel“ den Überblick zu behalten. Und oft ist schnelles Handeln erforderlich, wenn es um Gesundheit und Wohlbefinden eines geliebten Menschen geht.

Vor zwei Monaten ist der erste hessische Pflegestützpunkt in Groß-Gerau eröffnet worden und es freut mich sehr, dass auch Wiesbaden eine solche zentrale Anlaufstelle plant. Sie soll die in unserer Stadt seit langem bestehenden Beratungsstellen für „Selbständiges Leben im Alter“ ergänzen. Hier werden schon

heute ältere Menschen und ihre Angehörigen wohnortnah bei Fragen der häuslichen Versorgung und selbständiger, aktiver Lebensführung beraten. Insofern ist das Angebot in Wiesbaden bereits jetzt vorbildlich und es freut mich umso mehr, dass wir hier weiter voranschreiten.

Im März hat sich auch der Kreisparteitag der CDU Wiesbaden unter der Leitung des Arbeitskreises Gesundheit mit den Themen Älterwerden, ärztlicher Versorgung von Senioren und Pflege beschäftigt. Dabei wurden zahl-

reiche Anregungen für die Kommunalpolitik entwickelt. Ich bin zuversichtlich, dass Politik, Wirtschaft und auch Medizin in den kommenden Jahren auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene Hand in Hand daran arbeiten werden, die Situation von Senioren und pflegenden Angehörigen in Deutschland deutlich zu verbessern. Der Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit ist da ein sehr wichtiges Element.

Ihre Kristina Schröder

Saubermänner (-frauen) der CDU beim Dreck-weg-Tag



Erbenheim



Schierstein



Waldstraße/Adolfshöhe



Naurod



Nordenstadt



Gibb/Gräselberg

Natürlich gab es noch weitere Aktionen von CDU-Stadtbezirksverbänden, von deren Aktionen Wiesbaden-extra bis Redaktionsschluss kein Bildmaterial vorgelegen hat. Es gab aber auch private Initiativen wie zum Beispiel die des Kasteler CDU-Stadtverordneten Hans-Martin Kessler, der in seiner Nachbarschaft 15 Mitstreiter gefunden hatte, die das Kasteler Rheinufer zwischen Rheinwiesen und Hellingviertel auf eine Länge von rund 1000 Meter gesäubert hatten und zwei Müllbehälter mit 1100 Litern Inhalt füllten sowie zwei Fahrräder und einen Einkaufswagen aus dem

Fluss fischten. Auch die für die Stadtreinigung zuständige Dezernentin, Stadträtin Birgit Zeimetz, beteiligte sich an der Aktion und unterstützte die Waldsträßer CDU bei der Säuberung des Parkplatzes zwischen der Rollschuhbahn und der Sporthalle am Konrad-Adenauer-Ring, der von Autofahrern als „Speisesaal“ der umliegenden Fast-Food-Ketten umgewidmet wird, aber ihre gute Kinderstube vergessen haben und deswegen ihren Verpackungsmüll und Speisereste bequemlichkeithalber aus dem Autofenster entsorgen und davon fahren.



Startschuss für ein Richtungsweisendes Projekt

Aus dem Landtag von Astrid Wallmann (MdL)

Mit der Einführung der neuen Schulform „Mittelstufenschule“ hat die Landesregierung den Startschuss für ein Richtungsweisendes Projekt gegeben, von dem auch alle Wiesbadener Haupt- und Realschulen profitieren können.

Künftig sollen Schulen die Möglichkeit erhalten, die Bildungsgänge „Haupt- und Realschule“ unter einem Dach zusammenzufassen – beide haben aber nach wie vor ihren eigenen Abschluss: der Hauptschulabschluss beinhaltet eine vor allem berufspraktische Zielrichtung, der Realschulabschluss geht in Richtung einer schulisch-theoretischen Ausbildung mit der Übergangsmöglichkeit nach Klasse 10. Eine Neuerung soll es ab Klasse 8 geben: auf Freiwilligenbasis können Hauptschüler an zwei Tagen, neben dem schulischen Angebot am Unterricht einer kooperierenden Berufsschule teilnehmen. Generell gilt: es gibt auch viele andere Möglichkeiten, die gewünschte Praxisorientierung zu erreichen – die genaue Ausgestaltung obliegt der jeweiligen Schule. Jede Schülerin und jeder Schüler soll entsprechend ihrer/seiner Begabung, gemäß den jeweils vorhandenen Stärken und Neigungen gefördert werden – dies wird in keinen Lerngruppen, im praxis- und handlungsorientierten Unterricht, vonstatten gehen. Von den vorgesehenen Entwicklungen ist der gymnasiale Bildungsweg nicht betroffen – dieser bleibt, unverändert, sowohl an Gymnasien als auch an integrierten und kooperativen Gesamtschulen erhalten.

Das Modell der Mittelstufenschule sieht einen Eingang und zwei Ausgänge vor. Die Haupt- und Realschüler beginnen mit dem Unterricht (in der Sekundarstufe I) gemeinsam in der fünften Klasse. Auf Beschluss der Schulkonferenz, im Einvernehmen mit dem Staatlichen Schulamt, kann die Klasse 5 entweder bildungsgangdifferenziert oder in den Fächern Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache teildifferenziert oder gemeinsam unterrichtet werden. Ab der Jahrgangsstufe 6 werden die Fächer Deutsch, Mathematik und die erste Fremdsprache teildifferenziert unterrichtet. Um wohnortnahe und kleine Schulstandorte zu erhalten, kann der Unterricht in den Jahrgangsstufen 6 und 7 ausnahmsweise auch gemeinsam erfolgen. In Jahrgangsstufe 7 wird aufgrund der jeweiligen Begabung für jede Schüle-



rin und jeden Schüler festgelegt, welche individuelle Förderung vorgenommen werden muss, um die entsprechende Ausbildungsreife zu erlangen. Darüber hinaus sind fächerübergreifende Lernbereiche und projektorientiertes Lernen für alle Jahrgangsstufen vorgesehen.

Hintergrund der Einführung einer „Mittelstufenschule“ ist es, dass das hessische Schulsystem in den letzten Jahren gerade in der Sekundarstufe I zunehmend von zwei Seiten unter Druck geraten ist: Zum einen stellt die demografische Entwicklung die bisherigen Schulstrukturen in der Fläche, vor allem in ländlichen Gebieten, in Frage. Zum anderen ist in den Ballungsgebieten, so auch im Rhein-Main-Gebiet, beim Übergang auf die weiterführende Schule neben einer Abkehr von der vielfach als „Restschule“ abqualifizierten Hauptschule auch ein teilweise (jeweils von der Region abhängig) schwindendes Interesse am Besuch von Realschulen festzustellen. In der 5. Klasse wählen nur

noch rund 3 % der Schülerinnen und Schüler die Hauptschule als weiterführende Schule; da viele Schülerinnen und Schüler notenbedingt von der Realschule auf die Hauptschule wechseln müssen, bedeutet dies, dass letztendlich ca. 20 % diese Schulform besuchen. Die Einführung der Mittelstufenschule soll diesen Veränderungen Rechnung tragen, wobei die Schulträger in ihrer Entscheidung frei sind, ob sie die Mittelstufenschule einführen oder ob sie, wie bisher, Haupt- und Realschulen als eigenständige Schulform beibehalten wollen (Voraussetzung: stabile Schülerzahlen).

Mit Realisierung des neuen Konzepts soll eine Qualitätsverbesserung des Hauptschulabschlusses einhergehen, so dass die Hauptschüler insgesamt gute Chancen haben, in ein Ausbildungsverhältnis übernommen zu werden. Darüber hinaus wird das Realschulprofil verbessert werden – deren Absolventen dürften bessere Chancen als bisher für einen Eintritt in den Arbeitsmarkt oder aber gute Aussichten für weitere Qualifizierung im Zuge des Besuchs weiterer Bildungsgänge haben. Alles in allem: die Mittelstufenschule kann sich zu einem wichtigen Eckpfeiler des hessischen Bildungssystems entwickeln – zum Wohle der Kinder und der Gesellschaft insgesamt.

Impressum

Herausgeber: CDU Wiesbaden Kreisverband

Redaktionsanschrift: Frankfurter Str. 18, 65189
Tel. 06 11 / 30 60 01 Fax 06 11 / 37 33 29
E-mail: kv@cdu-wiesbaden.de
Redaktion: Ulrich Weinerth (verantwortlich)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
immer die Meinung der Redaktion wieder.

Bezugspreis: € 0,51 (wird durch Mitgliedsbeitrag monatlich bezahlt) - Druckort Wiesbaden
www.cdu-wiesbaden.de

Dieser Raum bleibt für die Anschrift frei.
Postvertriebsstück D 7797 Wiesbaden - extra
CDU Kreisverband, Frankfurter Str. 18, 65189 Wiesbaden

Alles Gute zum Geburtstag im April!

Wir gratulieren sehr herzlich

zum 95. Geburtstag

14.04.10 Kunigunde Weidlich
Waldstraße/Adolfshöhe

zum 75. Geburtstag

05.04.10 Peter Romano Toffolo, Klarenthal
05.04.10 Hannelore Spalek, Delkenheim
08.04.10 Agnes Endres
Rheingauviertel/Hollerborn
08.04.10 Hannelore Fischer, Breckenheim
15.04.10 Ruth Kiefer, Schierstein
16.04.10 Marianne Grapat, Schierstein

zum 70. Geburtstag

04.04.10 Winfried Mines, Westend
10.04.10 Jutta Schliebs, Mitte
19.04.10 Dr. Hans-Albert Marx, Erbenheim
23.04.10 Rolf Kost, Nordenstadt
23.04.10 Christa Haupt, Heßloch

zum 65. Geburtstag

03.04.10 Fritz-Holger Schwamm, Bierstadt
05.04.10 Karl-Heinz Brodrecht
Rheingauviertel/Hollerborn
07.04.10 Raimund Dresel, Dotzheim
09.04.10 Monika Harzbecker, Naurod
16.04.10 Hiltrud Dürr, Südost

zum 60. Geburtstag

02.04.10 Gertrud Karsch, Klarenthal
07.04.10 Henning Wossidlo, Naurod
29.04.10 Johann Ratay, Bierstadt
29.04.10 Elke Ewert, Heßloch
29.04.10 Edith Dietz, Mitte

Studienreise der Konrad - Adenauer Stiftung

Mit ihren Studienreisen bietet die KAS Möglichkeiten der Weiterbildung an Originalschauplätzen politischen Handelns.

Zum Beispiel in Cadenabbia am Comer See, dem früheren Feriendomizil von Konrad Adenauer, wo die KAS ein internationales Begegnungszentrum für Politik, Wirtschaft und Kultur betreibt.

Termin einer von Hannelore Rönsch begleiteten Studienreise nach Cadenabbia ist der

04. - 08. Juli 2010
Kostenbeitrag 550,- €

Das konkrete Programm sowie Teilnahmebedingungen erhalten Sie bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, Urfelder Str. 221, 50389 Wesseling
Kontaktperson ist Frau Barbara Rausch, Tel. 02236/7074257 - mail: barbara.rausch@kas.de

Mehr zum Gesamtprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung erfahren Sie unter

www.kas.de